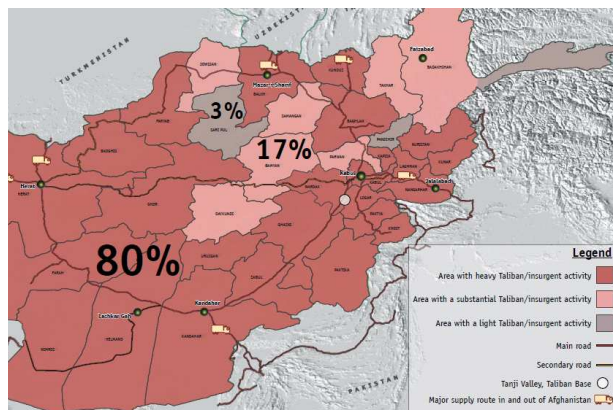


Steinmeiers Rückzugsplan: Nur Wahlkampfgetöse?



Afghanistan: Einfluss der Taliban und anderer aufständischer Gruppen (Prozentzahl = Flächenmäßiger Anteil am Territorium)

SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier spricht nun doch über einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. In einem Papier aus dem Außenministerium heißt es: „In der nächsten Legislaturperiode gilt es, die Grundlagen für den Abzug aus Afghanistan zu schaffen.“ Im gemeinsamen Fernsehauftritt mit Kanzlerin Merkel am 13. September erklärte Steinmeier dazu, dass bis 2013, also bis zur nächsten Bundestagswahl, die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, dass dann mit dem Abzug der Bundeswehr begonnen werden könne. SPD-Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul erläuterte, dass dann die Truppen tatsächlich 2015 nach Deutschland zurückkehren könnten.

Was sind Steinmeiers Grundlagen für einen Abzug? Steinmeier will erstens „Zielmarken“ für den Wiederaufbau des Landes konkretisieren. Dazu sollen die Neuverhandlungen zum „Afghan Compact“, einem Vertrag zwischen der Karsai-Regierung und der „internationalen Gemeinschaft“, genutzt werden. Bislang seien diese „vage“. Zweitens soll Karsai stärker als bisher gegen Korruption, Misswirtschaft und Drogenanbau vorgehen. Die internationale Gemeinschaft soll „Gute Regierungsführung“ einfordern. Drittens soll die Ausbildung von afghanischer Polizei und Armee beschleunigt werden, damit möglichst schnell die alleinige Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände übergeben werden kann. Schließlich soll es mehr Anstrengungen geben in Sachen Wiedereingliederung der Taliban, Alternativen zum Drogenanbau und regionale Zusammenarbeit.

Offenbar war der bisherige Krieg kein Mittel, derartige Ziele zu erreichen. Die internationale Militär-

präsenz sichert in Afghanistan eine Regierung, die Korruption, Misswirtschaft, Drogenkriminalität toleriert, Frauenunterdrückung fördert und an massiver Wahlfälschung beteiligt ist. Afghanische Polizei und Armee sind trotz der fast acht Jahre andauernden Militärpräsenz nicht in der Lage, das Staatswesen zu sichern. Es gibt faktisch keinen Staat. 80 Prozent des Afghanistans stehen unter starkem Einfluss der Taliban oder anderer aufständischer Gruppen. Die fortschreitende Eskalation der militärischen Auseinandersetzung in Afghanistan trägt auch den Charakter eines Bürgerkrieges zwischen der Karsai-Regierung, den Warlords der früheren „Nordallianz“ und den Taliban. Acht Jahre Militärpräsenz haben nicht zur Befriedigung der innerafghanischen Auseinandersetzungen beigetragen. Steinmeier schlägt lediglich vor, die Karsai-Regierung zu stärken. Dies trägt zur weiteren Eskalation der militärischen Auseinandersetzung bei. Denn dem Konflikt zwischen Taliban, der Karsai-Regierung und anderen Kräften liegt auch die Tatsache zugrunde, dass große Teile der afghanischen Bevölkerung von der Teilhabe an der Regierung ausgeschlossen sind.

Gleichwohl kommt langsam auch bei den anderen Parteien an, dass der Bundeswehreinsatz in Afghanistan beendet werden muss. Nur Gewaltverzicht, Entwicklungszusammenarbeit und Diplomatie eröffnen einen Ausweg aus der afghanischen Sackgasse. Es bleibt zu hoffen, dass Steinmeiers Wende zum Abzug und die Abzugsdebatte nicht nur Wahlkampfgetöse sind.

DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan fordert. Sofortiger Abzug heißt nicht kopflöser Abzug. Der Bundestag muss entscheiden und die Regierung muss mit den Partnern die Modalitäten des Abzugs aushandeln. Das setzt den sofortigen und glaubhaften Ausstieg aus der militärischen Logik voraus: Es gibt keinen militärischen Sieg, weder über „den Terror“ noch im innerafghanischen Bürgerkrieg. Krieg ist kein Mittel der Politik, aber zivile Aufbauhilfe, Technologietransfer und Wirtschaftshilfe.

Nur eine Stimme für DIE LINKE bei der Bundestagswahl ist ein Signal für ein schnelles Ende des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan.

Redaktionsschluss: 17. September 2009